



CONCOURS GRANDE ECOLE
ORAUX LVB ALLEMAND

Choix de textes de la session Juin-Juillet 2026

Zwölf-Punkte-Plan für den Aufschwung in Deutschland

Moritz Koch, Julian Olk, Handelsblatt, 25.9.25

Führende Institute erwarten ab 2026 einen Aufschwung – doch ohne Reformen droht dieser zu verpuffen. Doch sie haben Ideen, das zu verhindern.

Die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute trauen der deutschen Wirtschaft kaum Wachstum zu. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt laut Handelsblatt-Informationen aus Regierungskreisen nur um 0,2 Prozent im laufenden Jahr. Das geht aus der „Gemeinschaftsdiagnose“ des IfW Kiel, des RWI Essen, des DIW Berlin, des Ifo München und des IWH Halle hervor. Die Institute erstellen die Konjunkturprognose halbjährlich im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums. Die aktuelle Ausgabe stellen sie am Donnerstag in Berlin vor. Über die Zahlen hatte zuerst die Nachrichtenagentur Reuters berichtet.

2026 soll die deutsche Wirtschaft wieder stärker wachsen. Den Instituten zufolge legt das BIP dann um 1,3 Prozent zu. Dieser Aufschwung ist allerdings nicht zuletzt auf die stark steigenden Staatsausgaben zurückzuführen, die die Bundesregierung mithilfe des 500 Milliarden Euro schweren Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaschutz sowie der Schuldenbremse-Ausnahme für Verteidigung plant. Die hohen Staatsausgaben sind auch ein wichtiger Treiber für das Wachstum 2027, das laut der Institute bei 1,4 Prozent liegen dürfte. Sie warnen aber, dass das Wachstum nicht nachhaltig sein könnte. Staatsausgaben allein erhöhen nicht das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft. Für ein höheres Potenzial müssen die Unternehmen ihre Produktionskapazitäten ausweiten. Ohne die entsprechenden Rahmenbedingungen führen die vielen Staatsaufträge nur zu höheren Preisen. Einige Branchen sind durch die anhaltende Konjunkturkrise zwar unterausgelastet und können ihre bestehenden Kapazitäten durch die Staatsaufträge wieder stärker auslasten.

Gerade der Tiefbau, der die vielen Infrastrukturprojekte umsetzen soll, ist aber gut ausgelastet. An dieser Stelle ist die Gefahr daher groß, dass die Aufträge die Nachfrage treiben – und die Preise. Damit es dazu nicht kommt, braucht es den Ökonominen und Ökonomen zufolge Strukturreformen, also bessere Rahmenbedingungen für die Unternehmen, um in die Ausweitung ihrer Kapazitäten zu investieren. Teil der „Gemeinschaftsdiagnose“ ist daher ein Zwölf-Punkte-Plan für Strukturreformen. Das hatte IWH-Konjunkturchef Oliver Holtemöller am Dienstag bei einer Veranstaltung der OECD angekündigt. Die Reformen dürften Maßnahmen zur Ausweitung des Arbeitsangebots in Deutschland, eine sicherere Energie-Infrastruktur, Bürokratieabbau insbesondere mit Blick auf schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, Sozialstaatsreformen zur Senkung der Abgabenlast für Arbeitnehmer und weitere Vorschläge beinhalten.

Die neue gemeinsame Konjunkturprognose fällt zwar leicht besser aus als die vergangene im Frühjahr. Damals prognostizierten die Institute für 2025 nur 0,1 Prozent Wachstum und für 2026 ebenfalls 1,3 Prozent. Dennoch ist die neue Prognose ein Rückschlag. Quartalsweise treffen die Institute einzelne Vorhersagen. Im Frühsommer hatte sich nach der Bildung der neuen Bundesregierung ein wichtiger Unsicherheitsfaktor in der Wirtschaft scheinbar abgebaut, die meisten Frühindikatoren entwickelten sich langsam besser. Damals prognostizierten die Institute deshalb ein Wachstum für 2025 zwischen 0,3 und 0,4 Prozent. Für 2026 lag die Aussicht zwischen 1,5 Prozent und 1,7 Prozent – allein das IWH war mit 1,1 Prozent schon damals pessimistischer.

Schlechte Aussichten wegen Unsicherheiten und Streits

Über den Sommer aber haben sich die Frühindikatoren verschlechtert. Die Bundesregierung konnte nicht wie erhofft deutlich die wirtschaftliche Unsicherheit dämpfen. Neben dem Finanzpaket beschloss sie zwar vereinfachte Abschreibungsregeln. Doch Streitigkeiten wie um die Wahl der Verfassungsrichter schürten Unsicherheit, ob weitere angekündigte Reformen noch folgen. Gleichzeitig verschlechtert die im Koalitionsvertrag versprochene, aber jetzt ausbleibende Senkung der Stromsteuer für Wirtschaft und private Haushalte die Aussichten.

Auch der Zolldeal zwischen den USA und der EU besserte die Aussichten kaum. Die Einigung auf 15-prozentige Einfuhrzölle für EU-Waren wurde durch die Wirtschaft scharf kritisiert. So sinkt die Stimmung der Unternehmen in Deutschland weiter. Der wichtige Ifo-Geschäftsklimaindex ist im September auf 87,7 Punkte zurückgegangen, nach 88,9 Punkten im August. Das gab das Institut am Mittwoch bekannt.

Die Betriebe waren weniger zufrieden mit den laufenden Geschäften, ergab die Umfrage unter 9000 Unternehmen. Zudem trübten sich die Erwartungen merklich ein. „Die Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung erleidet einen Dämpfer“, erklärte Ifo-Präsident Clemens Fuest. Während die Industrie seit geraumer Zeit mit Problemen zu kämpfen hat, hat sich das Klima im September vor allem im Dienstleistungssektor verschlechtert. Die Dienstleister erreichten das niedrigste Geschäftsklima seit Februar. Insbesondere im Bereich Transport und Logistik verschlechterte sich die Stimmung. Immerhin: Das Baugewerbe steht etwas besser da als im Vormonat. Auch die Erwartungen für die kommenden Monate hellten sich dort weiter auf.

Immer alles kaputt machen

Oxford-Ökonom Carl Benedikt Frey analysiert, was Preußen richtig machte und Deutschland heute falsch

Jannis Brühl, Süddeutsche Zeitung, 16.10.25

Zerstörung, immer wieder Zerstörung. Sie muss einfach sein. Im Herzen des Kapitalismus dreht sich ein Kreislauf, den der Ökonom Joseph Schumpeter berühmt gemacht hat. Die „kreative Zerstörung“ ermöglicht Fortschritt - und damit mehr Wohlstand. Sie führt zu Firmenpleiten, Entlassungen und dem Abstieg von Konzernen oder gar Staaten. Und sie führt zum Aufstieg von Start-ups mit neuen Erfindungen, vom Webstuhl über die Waschmaschine bis zur künstlichen Intelligenz. In den Worten von Tim Wu, Juraprofessor und früherer Berater von US-Präsident Barack Obama: „ein erbarmungsloser Kreislauf aus Vernichtung und Geburt, so unerbittlich wie der Weg allen Fleisches“.

Wie relevant die Theorie ist, zeigte sich diese Woche. Die Ökonomen Philippe Aghion und Peter Howitt erhielten den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Sie haben Schumpeters Modell mathematisch nachgewiesen.

Aber wie genau kommt es in diesem kreativen Chaos zu Fortschritt - und warum hört er immer wieder auf? [...]

Frey beschreibt, dass Gesellschaften historisch auf zwei Arten Fortschritt anregen: In dezentralen, eher wilden Strukturen haben Erfinder viel Freiheit, um zu forschen und zu entdecken. So kommen neue Ideen in die Welt. Um die aber zu skalieren und zu etablieren, braucht es zentralisierte Strukturen - Regierungslabors, bürokratische Planung. [...]

Frey sagt: „Regierungsplaner und Konzernmanager haben beide Probleme damit, Erfinder zu motivieren, deren Expertise tiefer geht als die von irgendwem sonst.“ Plakatives Beispiel für die Trägheit der Etablierten: Kein führender Kutschen- oder Fahrradhersteller reüssierte in der Autoindustrie. Henry Ford musste sein Geschäft von Grund auf bauen.

Fortschritt ist kein Naturgesetz. Heute etwa sei Stagnation wieder überall, sagt Frey: „Innovation erschafft keine neuen Dinge mehr wie noch Mitte des 20. Jahrhunderts. So ziemlich jedes Gerät, das heute in unseren Küchen steht, wurde damals erfunden.“ Auch die USA und China seien nicht besonders innovativ, selbst wenn das den Europäern manchmal so vorkommt.

Frey ist aber kein Kreuzzügler gegen die Bürokratie wie die Tech-Oligarchen Thiel und Musk, im Gegenteil: In bestimmten Phasen könne der Staat Fortschritt erfolgreich managen, wie er am Beispiel von oben gelenkten Modernisierungen in Preußen und Japan im 19. Jahrhundert zeigt. Die mussten damals gegen Großbritannien aufholen, so wie es China in den vergangenen Jahrzehnten gegen den Westen tat. Den Fortschritt zentral per „Revolution von oben“ zu steuern, bietet sich für aufstrebende Nationen an. Dagegen müssten die schon führenden Staaten wie heute die USA und Deutschland Frey zufolge auf dezentrale „Erkundung“ setzen: unabhängige Erfinder, Start-ups, funktionierende Patentsysteme. Zum Glück stehen in schon erfolgreichen Ländern mehr Geld und bessere Infrastruktur zur Verfügung, um zu forschen. Eine erfolgreiche Bürokratie kann Fortschritt auch behindern. Wegen seiner verkrusteten Strukturen stieg China im 15. Jahrhundert ab, nachdem das Land lange der wohl modernste Staat der Erde gewesen war.

Es geht nicht um Verbesserung des Bestehenden, sondern um weite Sprünge, sagt Frey. „Wenn alles, was wir seit 1800 getan hätten, bloße Automatisierung gewesen wäre, hätten wir eine produktive Landwirtschaft und Textilindustrie, aber das wäre es auch schon. Wir hätten keine Impfstoffe, Antibiotika, Raketen, Computer, Autos.“ Trotz des Hypes sieht er bei KI keinen Durchbruch. „Jede Anwendung von KI, die mir einfällt, besteht im Wesentlichen darin, etwas, das wir bereits tun, ein bisschen schneller zu machen.“ Die Frage sei: „Nutzt man KI, um neue Dinge zu entdecken, die zu neuen Industrien werden, oder um E-Mails ein wenig effizienter zu machen?“

Was bedeutet das für Deutschland 2025? Im Digitalen liege Deutschlands Schwäche, sagt Frey. Die internen Barrieren für Dienstleistungen innerhalb der EU wirkten wie enorm hohe Zölle: Wer ein Start-up in einem Staat gründe, habe es anderswo in der EU schwer. Der Binnenmarkt existiert hier faktisch nicht. Frey fordert Deregulierung - zum Beispiel bei den EU-Regeln für KI und Datenschutz. Deutschland müsse in eine Phase der dezentralen Erkundung eintreten. Er verweist darauf, dass das erfolgreichste Techunternehmen des Landes SAP ist - gegründet vor mehr als 50 Jahren, und das von ehemaligen IBM-Mitarbeitern. So wenig Zerstörung war selten.

Lars Klingbeil hat Recht: Die Deutschen dürfen nicht die Dummen sein

Nikolas Busse, FAZ, 13.2.26

Da hat Lars Klingbeil recht: Andere Staaten scheren sich nicht um das Völkerrecht. Der entscheidende Faktor in der Weltpolitik ist ein anderer.

Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil hat dieser Tage eine bemerkenswerte Rede gehalten. Auf der Jahresauftaktklausur des Parteivorstands führte er aus, dass sich die Europäer lange Zeit bequem in der „alten Welt“ mit völkerrechtlichen Regeln und Normen eingerichtet hätten. Aber diese Regeln würden heute an vielen Stellen unterlaufen, von Ungarns Innenpolitik über Russlands Angriffskrieg, Chinas Subventionen und Trumps Zöllen bis zu seiner Intervention in Venezuela. Die europäischen Appelle, sich an Normen zu halten, verhallten oft im Nichts. „Wir müssen aufpassen, dass wir am Ende nicht die Dummen sind“, fügte er hinzu und bekam dafür viel Applaus von seinen Parteifreunden.

Für einen deutschen Politiker ist es selbst vier Jahre nach der „Zeitenwende“ noch ein ungewöhnliches Eingeständnis, dass die deutsche Sicht auf die Welt und ihr realer Zustand auseinanderfallen, oft sogar sehr weit. Die Weltpolitik ist durchaus eine „regelbasierte“ Ordnung, sie läuft nach Regeln ab. Die deutsche Tragödie ist, dass es nicht die Regeln sind, die man hierzulande gerne hätte und die im öffentlichen Diskurs ständig beschworen werden. Das hat Klingbeil richtig erkannt.

In der Außenpolitik entscheidet Macht

Formal sind praktisch alle Staaten den Vereinten Nationen oder anderen internationalen Abkommen verpflichtet. Aber weder das gewachsene Vertragswerk noch die Existenz des UN-Sicherheitsrats haben etwas daran geändert, dass Macht der entscheidende Faktor in der Außenpolitik ist. In Europa hat man es vermutlich auch deswegen vergessen, weil man lange selbst zu den Mächtigen gehörte. In der „neuen Welt“, um es mit Klingbeil zu sagen, sind nun aber andere mächtiger, und das bekommen wir zu spüren. [...]

Deshalb sollte man die richtigen Schlüsse aus der Erfahrung ziehen, die Europa gerade in der NATO macht. Ob das Bündnis mittelfristig überlebt, ist derzeit nicht absehbar, aber man kann sich auch nicht mehr (blind) darauf verlassen. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass es klug wäre, nun alles auf die EU zu setzen. Auch die ist letztlich nur ein Bündnis, das geschwächt werden kann, demnächst etwa durch einen Regierungswechsel in Frankreich.

Verteidigung muss im Kern nationalstaatlich bleiben

Wenn man ehrlich ist, ist mit dem Brexit die Aussicht verschwunden, Europa je allein über die EU zu verteidigen. Deutschland sollte alles dafür tun, dass sie gut funktioniert; ohne sie würde es in der neuen Weltordnung noch schwieriger, vor allem wirtschaftlich. Aber die Verteidigung muss im Kern nationalstaatlich bleiben, hier steht einfach zu viel auf dem Spiel.

Die andere grundlegende Regel ist die Machtbalance, an die man sich merkwürdigerweise gerade in Europa nicht mehr erinnert, obwohl sie hier ihre historische Blüte hatte. [...]

Auch hier gilt es, Fehleinschätzungen zu vermeiden. Die Bundesregierung bemüht sich zu Recht um neue Partner in aller Welt, gerade für den Handel ist das wichtig. Aber mit Australien, Neuseeland, Singapur, Brunei oder Tonga, die der Außenminister jetzt besuchte, kann man kein nennenswertes Gegengewicht zu Russland bilden. Das aber bleibt auf lange Zeit die Hauptaufgabe für Europas Außenpolitik.

Die große strategische Frage lautet deshalb, ob und wie man China von Russland lösen kann. Die Vorstellung, Deutschland könne eine Art Gegenpol zu allen drei Großmächten aufbauen, also Amerika, Russland und China, ist (mal wieder) weltfremd.

Deutschland sollte und wird sich nicht vom Völkerrecht abwenden, das lässt schon das Grundgesetz nicht zu. Aber es darf nicht naiv erwarten, dass andere sich daran halten. Eine ganze Generation von Entscheidungsträgern muss umlernen, in Politik, Wirtschaft, Medien und besonders an den Universitäten, damit der Nachwuchs es künftig besser macht. Die analytische Schwäche des deutschen Diskurses und die vielen Fehlentscheidungen der Vergangenheit haben damit zu tun, dass es bei uns immer mehr darum gegangen ist, wie man die Welt verbessert, und nicht, wie man in ihr besteht.

ÜBERNAHMEN - Investoren zielen auf deutsche Unternehmen

Rtr/hkr, Handelsblatt, 16.12.25

Beteiligungsgesellschaften kauften 2025 doppelt so viel in Deutschland zu wie im Vorjahr, wie aktuelle Daten zeigen.

Deutsche Unternehmen sind für Konzerne und Investoren aus dem Ausland ein immer gefragteres Übernahmeziel. Vor allem Finanzinvestoren nahmen in diesem Jahr viele Möglichkeiten wahr, wie aus den sogenannten „League Tables“, einer Übersicht des Londoner Börsenbetreibers und Finanzdatenanbieters LSEG, hervorgeht.

Bis Mitte Dezember wurden 1641 deutsche Unternehmen für insgesamt 107,1 Milliarden Dollar verkauft – das Volumen ist damit um 30 Prozent höher als im Jahr 2024. 900 Firmen gingen für 82,5 Milliarden Dollar an Käufer aus dem Ausland.

Einen Rekord stellten Beteiligungsgesellschaften auf: Sie kauften in Deutschland für 49,9 Milliarden Dollar zu, gaben damit doppelt so viel aus wie 2024 und so viel wie nie zuvor. Vier der fünf größten Transaktionen tätigten Finanzinvestoren.

Das Gesamttransaktionsvolumen mit deutscher Beteiligung – also Deals mit einem deutschen Unternehmen als Käufer oder Verkäufer – war mit 167,5 Milliarden Dollar in diesem Jahr um 17 Prozent höher als 2024, damit so hoch wie seit 2021 nicht mehr.

Der Trend entwickelt sich dabei in Richtung größerer Übernahmen: Die Zahl der Transaktionen sank mit 2464 auf den niedrigsten Stand seit dem Corona-Jahr 2020. Jens Maurer, Chef des deutschen Investmentbankings bei Morgan Stanley, sagt: „Die Größe der Deals wird weiter zunehmen. Ich erwarte einige Großtransaktionen jenseits der zehn Milliarden Euro im kommenden Jahr.“

Der Markt stehe am Anfang eines mehrjährigen globalen Zyklus für Fusionen und Übernahmen (M&A), ergänzt der Banker. Dieser Aufschwung werde durch günstige makroökonomische und regulatorische Rahmenbedingungen, eine hohe Liquidität und den Wunsch der Unternehmen nach Wachstum und Innovation getrieben.

Die größten Übernahmen

Zu den größten Deals gehörte der Arzneimittelhersteller Stada. Das hessische Unternehmen bleibt in den Händen von Finanzinvestoren. Die Beteiligungsgesellschaften Bain Capital und Cinven, die auch einen Börsengang ausgelotet hatten, verkauften für 11,7 Milliarden Dollar an ein Konsortium um die britische CapVest.

Ein ähnliches Volumen hatte der Verkauf eines 46-prozentigen Anteils am Stromnetzbetreiber Tennet Deutschland. Finanzinvestoren zahlten 11,2 Milliarden Dollar. In einem zweiten Schritt will nun der Bund mit 25,1 Prozent bei Tennet einsteigen.

Der Chemiekonzern BASF hat die Mehrheit an seinem Farbengeschäft an den US-Finanzinvestor Carlyle abgegeben. In die League Tables geht die Transaktion mit 6,7 Milliarden Dollar ein. Die Deutsche Börse greift nach der europäischen Fonds-Handelsplattform Allfunds. Das geplante Angebot summiert sich laut LSEG auf umgerechnet 5,7 Milliarden Dollar und damit die größte Übernahme in der Geschichte des Unternehmens.

Die erfolgreichsten Berater

Erfolgreichster Akteur am M&A-Markt war auch 2025 die US-Investmentbank Goldman Sachs. Ihre Banker begleiteten 35 Transaktionen im Wert von 92,9 Milliarden Dollar.

Auf Platz zwei folgt die US-Bank JP Morgan. Sie hat sich vom zehnten Platz nach oben gearbeitet, und verdrängt Morgan Stanley auf Rang drei. Platz vier behauptet die Deutsche Bank, die auf ihrem Heimatmarkt die größte europäische M&A-Bank bleibt.

Im Geschäft mit Eigenkapital-Emissionen und -Platzierungen (ECM) liegt die französische BNP Paribas auf Platz eins. Sie hat im Vergleich zum Vorjahr die Deutsche Bank überholt. Dritter ist BofA Securities, die Investmentsparte der Bank of America.

Bei Fremdkapital-Transaktionen verteidigt die Deutsche Bank mit 133 Emissionen im Volumen von 39,7 Milliarden Dollar ihren Spitzenplatz vor JP Morgan

Kreislaufwirtschaft kann Europas neues Erfolgsmodell sein

Dirk Voeste, Handelsblatt, 29.12.25

Europas Industrie bietet weltweit die beste Voraussetzung für ein neues Modell, das Ressourcen erhält, verlängert und zurückgewinnt. Das sorgt auch für Wachstum.

Europa steht an einem Wendepunkt: Unser industrielles Erfolgsmodell – getragen von Ingenieurskunst, Exportstärke, verlässlichen globalen Märkten und günstiger Energie – steht unter Druck. Geopolitische Konflikte, Klimarisiken und volatile Rohstoffpreise haben die bestehenden Grundannahmen verändert. China ist vom Absatzmarkt zum technologiepolitischen Wettbewerber geworden. Die USA nutzen industriepolitische Programme, um Wertschöpfung zurückzuholen. Die Folge: Resilienz ist das neue Leitbild.

Europa verfügt jedoch über einen unterschätzten Vorteil: eine der dichtesten Industrielandschaften der Welt – und damit die beste Voraussetzung für systemische Kreislaufwirtschaft. Sie ist mehr als ein ökologisches Konzept. Sie kann technologische Innovationskraft und wirtschaftliche Unabhängigkeit mit Wachstumspotenzial und Dekarbonisierung verbinden. Deutschland und Europa können und müssen hier Standards setzen, ehe es andere tun.

Derzeit sind nur sieben Prozent der Weltwirtschaft zirkulär. Entgegen dem allgemeinen Verständnis ist Kreislaufwirtschaft mehr als nur Recycling – es ist die effizientere Nutzung von Ressourcen. Jährlich werden über 100 Milliarden Tonnen Primärrohstoffe verbraucht – und 4,5 Billionen US-Dollar an potenzieller Wertschöpfung, die sich mit Kreislaufwirtschaft erzielen ließe, bleiben ungenutzt.

Wir leben immer noch im linearen Industriemodell des 19. Jahrhunderts – entnehmen, nutzen, entsorgen. Dieses Modell ist erkennbar zu riskant und endlich geworden.

Für Europa ist das eine doppelte Herausforderung: Wir besitzen kaum eigene Rohstoffreserven. Gleichzeitig verlassen Altfahrzeuge und -materialien den Kontinent – wertvolle Rohstoffe, die wir für die eigene Wertschöpfung benötigen. Wenn wir wettbewerbsfähig und gleichzeitig unabhängig sein wollen, müssen wir eine Industrie schaffen, die Ressourcen erhält, verlängert und zurückgewinnt.

Mit Produkten, die so konstruiert sind, dass sie zerlegt, repariert, nachgerüstet und recycelt werden können. Oder die wie Batterien aus Elektrofahrzeugen zunächst ein zweites Leben in anderen Anwendungen erhalten, etwa als Energiespeicher, und anschließend hochwertige Materialien für neue Zellen liefern. Wertschöpfung endet nicht am Werkstor, sie beginnt am Lebensende eines Produkts.

Das eröffnet einen neuen industriellen Raum: eine rückwärts gerichtete Wertschöpfung, die mindestens genauso profitabel sein kann wie die lineare.

Der Wandel zur Elektromobilität ist richtig, notwendig und wird stattfinden. Sie senkt Emissionen und reduziert die Abhängigkeit von Ölimporten. Doch sie schafft neue geopolitische Abhängigkeiten: Rund drei Viertel der globalen Batteriewertschöpfung liegen in China. Ohne eigene Kapazitäten in Europa riskieren wir, die Abhängigkeit von Öl durch eine Abhängigkeit von Batterien zu ersetzen.

Wir stehen vor der Herausforderung, uns nicht nur von fossilen Rohstoffen, sondern auch von geopolitischen Abhängigkeiten zu lösen – Kreislaufwirtschaft wird damit zum industriepolitischen Souveränitätsprojekt. Die nächste industrielle Revolution muss zirkulär werden.

Zirkularität ist Aufgabe eines gesamten Ökosystems: Lieferanten, Recyclingunternehmen, Chemie, Energieversorger, Logistiker, Universitäten und Institute. Sie bietet Chancen für Forschung und alle Industriezweige.

Darin liegt die europäische Stärke: Wir verfügen über ein Ökosystem, das sich auf Kreislaufwirtschaft schalten lässt. Großkonzerne wie Volkswagen sind in der Lage, Kreislaufwirtschaft im industriellen Maßstab umzusetzen. Genau daran arbeitet der Konzern heute schon.

Denn: Weniger Primärrohstoffe senken nicht nur die Emissionen, sondern auch Kosten und stärken damit die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. Zudem sorgt die Kreislaufwirtschaft für Wachstum – durch die Rücknahme und Aufbereitung von Komponenten, neue Zerlege- und Trenntechnologien oder das zweite Leben beispielsweise von Batterien.

Europa hat die Chance, Kreislaufwirtschaft als industriepolitische Stärke zu nutzen. Sie ist ein Upgrade unseres industriellen Betriebssystems, verbindet Dekarbonisierung mit Ressourcensicherheit und Wachstum. Sie schafft Souveränität und Absicherung in einem globalen Wettbewerb, der sich gerade neu ordnet.

Die Industrieforschung hat Kreislaufwirtschaft bereits Anfang der 90er-Jahre als relevant für den Industriestandort Deutschland erkannt. Heute bekommt sie unter dem Druck der globalen Konstellationen eine neue Bedeutung – Europa dort zu positionieren, wo es hingehört: an die Spitze der globalen industriellen Innovation. Wir sollten diese Chance ergreifen und nicht anderen überlassen.

Die Macht der Reichen

Thomas Druyen, Handelsblatt, 2.1.26

2026 könnte es den ersten Billionär geben. Hinter dieser Zahl vollzieht sich eine Neuordnung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hebel.

Das Jahr 2026 markiert eine weitere historische Verschiebung der Vermögensgewichte. Die Welt der Milliardäre wird reicher, großmächtiger und zugleich heterogener als je zuvor. Rekordwerte dominieren die Statistiken, und der erste Billionär ist in Sichtweite. Doch hinter diesen Zahlen vollzieht sich etwas Grundsätzlicheres: eine Neuordnung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hebel.

Noch nie war so viel Vermögen in den Händen so weniger Menschen konzentriert. Beide Zahlen steigen kontinuierlich. Diese Rekordwerte sind kein Zufallsprodukt, sondern das Ergebnis mehrerer sich überlagernder Dynamiken: der starken Performance technologiegetriebener Märkte, der globalen Kapitalmobilität und eines historischen Vermögenstransfers zwischen den Generationen. Milliardäre sind 2026 nicht mehr nur Gründer, Visionäre oder Investoren, sie sind auch Erben, Verwalter und Kuratoren komplexer Vermögens- und Plattformstrukturen. Das verändert ihren systemischen Einfluss. Er wird umfangreicher, er wird jünger. Im Zentrum steht eindeutig die Künstliche Intelligenz, nicht nur als Werkzeug, sondern als Kern des Geschäftsmodells.

Gleichzeitig verschiebt sich die geografische und kulturelle Landkarte der Milliardäre. Europa verliert langsam an Vermögen, vor allem aber an Exklusivität. Die USA dominieren nach wie vor die Milliardärsrankings und die strategisch innovative Marktdurchdringung.

China und Teile Asiens gewinnen immer mehr an Bedeutung. Einerseits durch immer neue Milliardäre und gleichzeitig durch andere Formen von Reichtumsausübung. Dort fungieren Milliardäre als verlängerte Arme nationaler Interessen: Sie finanzieren Infrastruktur, technologische Souveränität und geopolitische Ambitionen. Für 2026 bedeutet das eine multipolare Reichtumsordnung, in der wirtschaftliche Macht nicht mehr nach einem einzigen kulturellen Modell funktioniert.

Ein zentraler Makrotrend ist die Verlagerung von sichtbarer zu struktureller Macht. Milliardäre definieren ihren Einfluss zunehmend über Kontrolle von Grundlagen: Energie, Daten, Logistik, Wohnraum, Technologie- und Gesundheitsmärkte. Diese Bereiche sind weniger anfällig für kurzfristige Schwankungen und zugleich gesellschaftlich hochsensibel. Wer hier investiert, gestaltet Rahmenbedingungen des

Alltags. Für die Gesellschaft heißt das: Entscheidungen über Lebensqualität, Teilhabe und Zukunftschancen entstehen immer öfter in privaten Investitionslogiken.

Ebenso beginnt 2026 eine Generationen-Verschiebung innerhalb der Milliardärsschicht selbst. Junge Milliardäre agieren als aktivistische Gestalter, die ihr Kapital weg von traditionellen Märkten hin zu radikaler technologischer Innovation und messbarem gesellschaftlichem Impact lenken. Für sie ist Reichtum kein diskretes Erbe, sondern ein digital vernetztes Werkzeug, das sie bereits zu Lebzeiten zur Lösung globaler Krisen aktiv einsetzen.

Parallel dazu nimmt der politische Zugriff auf große Vermögen zu. Staaten intensivieren die Diskussion über Transparenz, Besteuerung und Regulierung. 2026 verschiebt sich diese Debatte von Ankündigungen hin zu konkreten Instrumenten: strengere Berichtspflichten, internationale Abstimmungen, regulatorische Verdichtung.

Der Zielkonflikt ist offen: Staaten sind auf privates Kapital angewiesen, verlieren aber gegenüber hochmobilen Vermögensstrukturen an Steuerungsfähigkeit. Dieser Widerspruch prägt das Jahr, sichtbar etwa bei Standortverlagerungen, Stiftungsmodellen und globalen Holdingkonstruktionen.

Für die Gesellschaft bedeutet das eine veränderte Machtrealität. Einfluss entsteht weniger über politische Mehrheiten als über Investitionsentscheidungen. Milliardäre werden zu Indikatoren systemischer Verschiebungen. Wo Kapital konzentriert investiert wird, entstehen Wachstumsräume. Wo es sich entzieht, entstehen strukturelle Lücken.

Die Milliardäre, die oft nonkonformistisch und resilient handeln, agieren im Jahr 2026 als private Steuerungsakteure in einer Welt, deren öffentliche Institutionen unter Druck stehen. Sie sind somit ambivalente Träger von Entscheidungsmacht mit realen gesellschaftlichen Folgen.

Wer die Milliardäre dieses Jahres beobachtet, erkennt früh, wo sich ökonomische Optionen und Investments, radikale Spannungen und politische Handlungsspielräume verdichten. Inwieweit autokratische Zäsuren diese Tycoons instrumentalisieren, einhegen oder beseitigen werden, bleibt abzuwarten. Auch Milliarden sind kein Joker für alles, und die neuen Milliardäre sind schon in der Pubertät.

Führungskultur in Unternehmen;

Deutschland braucht mehr Führungskräfte – und bessere

Kathrin Werner, Spiegel Plus, 19.1.26

Immer weniger Menschen wollen eine Beförderung. Mit Faulheit hat das aber nichts zu tun.

Chef werden? In Deutschland wirkt das auf viele Menschen inzwischen so attraktiv wie ein 17-seitiges Formular zur Reisekostenabrechnung. Immer weniger Menschen wollen führen. In einer Umfrage des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung konnte sich nur jede oder jeder Siebte vorstellen, eine Führungsposition zu übernehmen, falls der Arbeitgeber dies anbietet. Laut Fachkräftedatenbank des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft fehlten im Jahr 2025 durchschnittlich 28.488 Fachkräfte in Führungsberufen.

Bevor jetzt wieder alle über die faulen jüngeren Generationen wehklagen: Mit Faulheit hat die Führungsunlust wenig zu tun, sondern vor allem damit, was Führung heute bedeutet: mehr Arbeitslast, kaum mehr Geld. Wenig Gestaltung, viel Verwaltung. Denn die Wirtschaftsvertreter, die immer so laut Bürokratieabbau von der Politik fordern, tun oft nur wenig gegen die ausschweifenden Meetings, Hierarchieschleifen und E-Mail-Fluten, die ihre eigenen Unternehmen prägen. Auf die Frage, was der schlimmste Teil ihres Führungsjobs ist, nannten die Befragten einer Umfrage der Beratungsfirma McKinsey mit riesigem Abstand die interne Bürokratie. Die kleinen Zuschläge bei Gehalt und Bonus wiegen den zusätzlichen Stress und die verlorene Lebenszeit kaum auf.

Wer mit Managerinnen und Managern spricht, egal ob beim großen Autokonzern, Finanzinstitut oder mittelständischen Schraubengewindehersteller, merkt schnell: Führungsjobs machen in der Realität oft sehr wenig Spaß. Das gilt besonders für die unteren und mittleren Hierarchieebenen, in denen man den Frust der Belegschaft abbekommt und alle Erfolge auf das Konto des Oberchefs gehen. Wenn es denn überhaupt Erfolge gibt, schließlich stagniert die deutsche Wirtschaft seit Jahren. Wer Teamleiter oder Abteilungsleiterin wird, ist sehr viel damit beschäftigt, schlechte Nachrichten zu verkünden, Sparprogramme umzusetzen und den Niedergang zu verwalten.

Die Teile, die Spaß machen, also Ideen zu entwickeln und vielversprechende Kolleginnen und Kollegen zu fördern, finden kaum Raum. Wer wirklich gestalten will, verstößt schnell gegen interne Regeln, gegen Abstimmungsschleifen, gegen eine Kultur, die Neuerungen eher misstraut, als sie zu ermöglichen.

Beförderungen sind vor allem für die interessant, die sich für Status interessieren

Das Ergebnis sieht man nicht nur in den vielen Ausschreibungen für Führungspositionen, sondern auch im Zustand der Wirtschaft. Deutschland erfindet und investiert zu wenig, digitalisiert zu langsam und beschwert sich zu viel. Ein Land, dessen Unternehmen dringend Innovation bräuchten, bekommt Chefs, die vor allem im System überleben müssen. Kein Wunder, dass keiner nach oben will – und es dort oben auch zu oft die Falschen gibt.

Denn attraktiv sind Chefposten derzeit primär für Menschen, die den Status reizvoll finden. Jeder kennt sie aus den Meetings, es sind die, die gern das wiederholen, was gerade schon einmal gesagt wurde (gern zuvor von einer Frau), dann energisch Dinge sagen wie »Wir müssen die PS jetzt auf die Straße bringen« und dann passiert nie wieder etwas.

Die deutsche Wirtschaft braucht Menschen, die Führung als Verantwortung und als Chance verstehen. Menschen, die andere Hintergründe und Vordergründe haben, die anders ticken und sich was trauen. Frauen zum Beispiel, aber auch Arbeiterkinder, Ostdeutsche, Menschen mit Migrationsgeschichte, Querköpfe, Kreative. Die Führungsetagen in Deutschland sehen auch im Jahr 2026 noch immer so homogen aus, dass sie für alle, die keine weißen, deutschen, männlichen Betriebswirte, Juristen oder Ingenieure sind, nicht sehr einladend sind.

Um andere Leute zu gewinnen, braucht es eine radikale Veränderung: mehr Offenheit, mehr Vertrauen, mehr Gestaltungsspielraum, mehr Mut. Deutschland braucht bessere Chefs – die Unternehmen müssen ihnen die Chance geben, wirklich welche zu sein.

Keine Kompetenz für Industriepolitik

Daniel Stelter, Handelsblatt, 2.2.26

Wer eine Politik gegen Deutschlands industriellen Niedergang fordert, übersieht: Es gibt niemanden, der sie ausführen kann. Aber es gibt eine Lösung.

Selbst das politische Berlin scheint zu erkennen, dass sich die deutsche Wirtschaft in einer tiefen Krise befindet, auch wenn die nötigen Schlussfolgerungen und sich daraus ergebende Handlungen ausbleiben. Die versprochenen Investitionen fließen nicht, und ein erheblicher Teil der Schuldenmilliarden dient nur dem Stopfen von Löchern, während über dringende Reformen bei Energie- und Klimapolitik, Sozialstaat und Bürokratie bestenfalls Vorträge gehalten werden.

Dass diese Krise keine normale Krise ist, liegt auf der Hand. Durch viel zu hohe Energiekosten haben wir unserer Wirtschaft einen Strukturwandel aufgezwungen, den sie sonst nicht hätte durchlaufen müssen und der zudem keinen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Da kein Kurswechsel abzusehen ist, werden wir offenbar in dieses Schicksal gezwungen. Leichter verkraftbar wäre das Ganze, wenn wir als Gegenpol zum Verlust von Unternehmen, Arbeitsplätzen und Wohlstand an anderer Stelle neue Wertschöpfung aufbauen würden. Doch damit tut sich die deutsche Wirtschaft schwer. Bei den Technologien der Zukunft, von KI über Biotechnologie bis Robotik, spielen wir – von Ausnahmen abgesehen – nicht (mehr) in der ersten Liga.

Der Arbeitsmarktforscher Enzo Weber rechnet vor, dass außerhalb der Industrie mehr als sieben Prozent der Erwerbstätigen in Unternehmen arbeiten, die in den vergangenen fünf Jahren gegründet wurden, während dieser Anteil im industriellen Sektor bei nur rund zwei Prozent liegt. In einer Phase, in der alte Geschäftsmodelle zurückgehen, reicht das nicht, um die Verluste zu kompensieren, was sich an einem schrumpfenden Industriesektor zeigt. Das ist auch deshalb so bedauerlich, weil Gehälter und Produktivitätsniveau in der Industrie weit überdurchschnittlich sind.

Doch was wäre zu tun? Nun, eine Verbesserung der Standortbedingungen würde allen helfen: den Unternehmen, die es bereits gibt, und den Neugründungen. Weber fürchtet, dass dies angesichts der Herausforderungen – er spricht von einer „Erneuerungskrise“ – nicht genügt. Gemeinsam mit Monika Schnitzer, der Vorsitzenden des Sachverständigenrats, tritt er für eine „pro-kompetitive Industriepolitik“ ein. Ihre zentrale Idee: Der Staat soll angesichts von Dekarbonisierung, Digitalisierung, geopolitischen Spannungen und Verteidigungsanforderungen nicht passiv bleiben, aber seine Eingriffe so gestalten,

dass sie Wettbewerb, Innovation und Erneuerung fördern, statt alte Strukturen zu konservieren.

Zu den Schlüsselbausteinen zählen sie eine verlässliche, antizipierbare wirtschaftspolitische Linie, die Willkür und ständige Kurswechsel beendet, die staatliche Koordination systemischer Transformationsprozesse etwa bei Netzen, Batterien, Fahrzeugen und Ladeinfrastruktur, preisbasierte Ansätze wie eine konsistente CO₂-Bepreisung, die externe Effekte internalisiert, statt über Detailregulierung zu steuern, die Förderung von Start-ups und Wachstumsfinanzierung durch Garantien und Co-Finanzierung entlang klarer Meilensteine, eine strategische öffentliche Beschaffung, die Innovationen skaliert, statt nur den billigsten Anbieter zu suchen, sowie die wettbewerbliche Vergabe von Fördermitteln und flexible, feedbackbasierte Programme mit klaren Abbruchkriterien.

Damit das Konzept von Weber und Schnitzer funktionieren kann, werden Politiker gebraucht, die verlässlich und berechenbar handeln, die ökonomisch kompetent sind und lobbyresistent entscheiden, die keine „National Champions“ schützen, sondern Wettbewerb und den Markteintritt neuer Anbieter ermöglichen. Zudem braucht es die Fähigkeit zu priorisieren: Subventionen und Ausgaben von Altem müssen konsequent zu produktiven Zukunftsinvestitionen umgeschichtet werden – auch gegen Widerstände. Schließlich müssen Politiker lern- und korrekturbereit sein sowie Förderprogramme laufend evaluieren und bei ausbleibendem Erfolg konsequent beenden.

Auch auf die Gefahr hin, eines plumpen „Politiker-Bashings“ bezichtigt zu werden: Diese Politiker sehe ich weder in der Regierung noch in der Opposition. Statt den politisch Verantwortlichen also ein Instrumentarium an die Hand zu geben, mit dem sie nicht umgehen können, sollte die Nachricht lauten: Zieht euch aus der Wirtschaft zurück, schafft bürokratische Regelungen und überflüssige Gesetze ab!

Grüne warnen vor Verfehlen der Klimaziele

Verena Hölzl, Die Zeit, 25.2.26

Deutschland mache sich weiter von fossilen Brennstoffen abhängig, warnen die Grünen. Greenpeace spricht von einem Geschenk an die Öl- und Gasindustrie.

Nach der Einigung der schwarz-roten Koalition auf die Grundzüge eines neuen Heizungsgesetzes haben die Grünen im Bundestag davor gewarnt, dass durch die Reform die deutschen Klimaziele verfehlt werden könnten. "Ohne die 65-Prozent-Regel werden wir unsere Klimaziele deutlich verfehlen", sagte der baupolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Kassem Taher Saleh, den Zeitungen des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND). "Wir machen uns weiter abhängig von fossilem Öl und Gas, auch von autokratischen Staaten."

Am Ende zahlten die Bürgerinnen und Bürger für die steigenden Kosten, sagte Taher Saleh. Die sogenannte Grüngasquote werde zwar als technologieoffen verkauft, sei aber keine Lösung, kritisierte er zudem. "Grüne Gase werden auf absehbare Zeit knapp und teuer bleiben." Das sei kein Schutz für Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern ein "Geschenk an die Gaslobby", sagte der Grünenpolitiker.

Die geplante Reform des Gebäudeenergiegesetzes schaffe neue Unsicherheit, "weil sie den Klimaschutz massiv schwächt und das Leben teurer macht", kritisierte er. Die Union setze ihr "populistisches Wahlkampfversprechen" durch, während der Koalitionspartner SPD eingeknickt sei. "Statt gegenüber Merz, Spahn und Söder Rückgrat zu zeigen, treibt sie die Menschen in eine neue Heizkostenfalle", sagte der Grünenpolitiker.

Lockerere Vorgaben für Hausbesitzer und Vermieter

Zuvor hatte die Bundesregierung sich nach langem Ringen auf die Grundzüge eines neuen Heizungsgesetzes geeinigt, das deutlich lockerere Vorgaben für Hausbesitzer und Vermieter vorsieht. Die pauschale Vorgabe eines Anteils von mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung für alle Neu- und Bestandsbauten entfällt. Betriebsverbote für bestimmte Heizungsarten werden gestrichen.

Um die Klimaziele bis 2040 zu erreichen, soll es statt der 65-Prozent-Quote eine sogenannte Grüngasquote geben: Wird eine Gas- oder Ölheizung ausgetauscht, muss die neue Heizung zu einem steigenden Anteil mit Brennstoffen wie Biomethan und synthetischem Treibstoff betrieben werden, wie es im Eckpunktepapier heißt. Ab Januar 2029 soll dieser Anteil bei mindestens zehn Prozent liegen.

Unionsfraktionschef Jens Spahn (CDU) sagte: "Der Heizungskeller wird wieder zur Privatsache: Die Bürger haben wieder die Freiheit, selbst zu entscheiden, wie sie heizen." SPD-Fraktionschef Matthias Miersch betonte, gelungen sei eine Einigung in einer Frage, "die hoch diffizil ist".

Kritik von Greenpeace und Nabu

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hingegen warnte: "Mit diesen Änderungen macht die Bundesregierung der fossilen Öl- und Gasindustrie ein riesiges Geschenk, schwächt massiv den Verbraucherschutz und beerdigt den Klimaschutz im Gebäudesektor." Greenpeace-Energieexpertin Mira Jäger warnte: "Wenn Gasheizungen jetzt weiterlaufen sollen, dann wird das vor allem Mieterinnen und Mieter teuer zu stehen kommen." Sie müssten steigende Kosten tragen.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (Nabu) kritisierte, "grüne Gase" seien nicht in ausreichender Menge verfügbar und würden zudem in anderen Sektoren wie der Industrie dringender benötigt. Das neue Gesetz sei "Klientelpolitik vom Feinsten".

Baden-Württembergs Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) bezeichnete die geplante Novelle als einen "Vertrauensbruch gegenüber Verbrauchern, Handwerk und Kommunen". Sie warnte vor einer Verlängerung der Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten, die "für unsere Gesellschaft sehr teuer" werde. Die Klimaschutzexpertin der Linksfraktion im Bundestag, Violetta Bock, warf der schwarz-roten Koalition vor, sie gebe die Klimaziele im Gebäudesektor auf und vollziehe "einen Kniefall vor der Gaslobby".

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) teilte mit, es sei zu begrüßen, dass Hauseigentümer und Unternehmen nun "auf dringend nötige Planungssicherheit" hoffen könnten. Die Abschaffung der 65-Prozent-Quote berge aber die Gefahr, dass die Klimaziele im Gebäudesektor nicht erreicht werden. Bedenklich sei insbesondere, dass "weiterhin der Einbau von Gas- und sogar Ölheizungen mit zunächst nur relativ geringen Bio-Anteilen" möglich sei.

Die ewige Sehnsucht nach Verwandlung

Eva-Maria Manz, Stuttgarter Zeitung, 15.10.2025, *gekürzt*

Vom „Slipperina“¹ bis zum hybriden Urlaub: Plötzlich soll alles zwei Dinge zugleich können oder darstellen. Was bedeutet das, ist es wirklich neu und wo liegen die Grenzen?

Es geht nicht nur um Automotoren. Die Hybriden sind Teil des Stadtbilds, sie kombinieren Verbrenner und Elektroantrieb, erfreuen sich großer Beliebtheit bei Autofahrern. Hybrid werden aber zunehmend noch ganz andere Dinge genannt. Meist handelt es sich dabei um Mischformen oder Zusammensetzungen aus Verschiedenartigem. Und das scheint besonders gegenwärtig zu sein.

Seit der Coronapandemie erleben viele bei der Arbeit hybride Besprechungen, an denen sowohl Mitarbeitende im Büro teilnehmen können als auch solche, die von zu Hause aus arbeiten. Das Büro selbst soll zudem ein hybrider Raum sein, multifunktional, Kommunikation sowie Rückzug ermöglichend. In Unternehmen herrscht eine hybride Führungskultur, ein Stil, der die Führung von Teams ermöglicht, in denen manche im Büro, andere zu Hause arbeiten, sich aber keiner abgehängt fühlen soll. Reiseblogs informieren ihre Leser über den hybriden Lebensstil, der beinhalte, eine Zeit lang keinen festen Wohnsitz zu haben, Arbeiten und Reisen zu verbinden. Hybrides Training im Sport soll doppelt so schnell fit machen – nämlich indem Ausdauer- und Kraftsportarten einander ergänzen. Unter Hybrid Food verstehen Kochliebhaber die Kombination aus verschiedenen Küchenkulturen und Kochrichtungen, eine Art Weiterentwicklung der Fusionsküche aus den 90ern angeblich. Wohnungen werden hybrid entworfen, sie sollen Raum für Arbeiten und Leben zugleich bieten. Wände sollen modular sein, um der jeweiligen Lebenssituation angepasst werden zu können: mit Kinderzimmer oder ohne. Sogenannte Mobile Homes auf Campingplätzen sehen heute aus wie Ferienhäuser, Camping und normales Wohnen verschmelzen, Glamping wird das komfortablere Abenteuer genannt – ein Mischwort aus Glamour und Camping.

Als hybrid bezeichnen manche auch die Geschlechter, Mann oder Frau, trans oder divers – alles dynamisch. Von hybrider Männlichkeit ist die Rede, wenn Geschlechterklischees aufgelöst werden sollen.

¹=Sneaker und Slipper, Slipper und Ballerinas, Loafer mit heruntergetretener Ferse

Es entspricht dem gegenwärtigen Lebensgefühl, sich nicht entscheiden zu wollen. Lieber möchte man beides haben oder jederzeit hin und her wechseln können. Hybridität bedeutet die spielerische Auflösung der Binaritäten, die Postmoderne will nun einmal alles dekonstruieren. [...]

Kultur lebt seit jeher von Hybriden – in der Popmusik beispielsweise bei der Entstehung von Stilrichtungen wie Hip Hop. Und die globalisierte Gesellschaft ist geprägt von hybriden Identitäten, zwischen den Kulturen, bedingt durch Migration und kulturellen Wandel. Sie fordern Gesellschaften und Individuen heraus. Unterschiede erzeugen Spannungen, an denen der Mensch aufgrund seines Intellekts interessiert ist. Manche sehen in der kulturellen (Re-)Produktion dieser Friktionen und ihrer Beherrschung sogar das, was ihn vom Tier unterscheidet.

Mischwesen und -formen gehören zur Kulturgeschichte seit der Steinzeit, denkt man etwa an den 40 000 Jahre alten Löwenmenschen aus dem Lonetal, eine Skulptur aus Mammut-Elfenbein, eine Mischform aus Mensch und Höhlenlöwe. [...] Die Hybridform fasziniert, weil sie für vieles stehen kann, für den Wunsch nach Verbindung oder danach, das Tier in uns zu bändigen, das Schreckliche zu bannen durch Umgang damit. Die gegenwärtige hybride Alltagskultur könnte auch als Versuch verstanden werden, mit dem Eindruck ständiger Oppositionen umzugehen, politisch wie symbolisch. Wer die Gegensätze nicht aushält, merzt sie aus, verschmilzt sie zu etwas Neuem, das ihn diese Welt ein klein wenig besser aushalten lässt. Eine alte Kulturtechnik, auf die wir uns erneut besinnen. Die Hybriden sind ein Kitt, der die entfremdeten Dinge und Umstände miteinander vereint und Harmonie herstellt, eine Brücke zu etwas Neuem entstehen lässt.

Fragwürdig wird das erst in den Grenzbereichen des Synthetisierbaren. Das zeigt sich an dem schwierigen Wort des hybriden Krieges. Hybride Kriegsführung bedeutet völkerrechtlich keinen klaren Unterschied mehr zwischen den feststehenden Zuständen Krieg und Frieden. Frieden ist aber nicht Krieg und umgekehrt.

Nicht alles lässt sich miteinander verschmelzen oder dekonstruieren. Etwas kann nicht zugleich sein Gegenteil sein, wenn es denn für sich genommen überhaupt noch existieren will.

Eine Hommage an den Ort kollektiver Konzentration

Von Isabel Schönfelder, FAZ.NET 09.01.2026

Bibliotheken – der Ort, an den Studenten zeitweise ihren Lebensmittelpunkt verlegen, wo sie sich auf „Bib-Dates“ treffen und ihre Handys wegsperren. Ohne ihn hätte unsere Autorin ihren Abschluss wohl nicht geschafft. [...] Aber der eigentliche Grund für meine Arbeitsplatzwahl ist, dass ich mich zu Hause nicht konzentrieren konnte. Ich habe mich nicht aufgerafft bekommen, blieb nie länger als fünf Minuten fokussiert. Stattdessen habe ich nach zwei bis drei halbgaren Sätzen beschlossen, eine Suppe aufzusetzen, den Gewürzschrank auszusortieren, eine Wäsche anzustellen, wieder ein paar Sätze zu tippen, mich dann auf die Couch zu fläzen, Handynachrichten zu beantworten, schlechten Gewissens noch zwei Sätze zu tippen, die nun gekochte Suppe zu essen, den Schoko-Schrank zu plündern und mich dann mit meiner Mitbewohnerin zu verquatschen. Es ging nicht vorwärts. [...]

(Fast) ablenkungsfreier Raum

Also: Sonntag, 15 Uhr, Laptop und Notizblock einpacken und ab zur nächstgelegenen Bibliothek. Ich stelle im Foyer meine Tasche in ein Schließfach und nehme nur Laptop und Trinkflasche mit in den Arbeitsraum. Das ist der erste magische Trick des Bibliotheksbesuchs: Ablenkungen eliminieren. Einige Stunden mal nicht erreichbar sein, kein gewohnter Griff ans Handy, Nachrichten checken, kurz durch Social Media scrollen – und sofort abdriften.

Drinne umgarnt mich die kollektive Stille, die Dutzende Menschen vereint. Nur leises Rascheln, ein Husten, kurzes Flüstern im Flur, das Klappern der Laptoptastatur.

Mein Arbeitsplatz: ein leerer, weißer Tisch. Kein Krimskrams, der aufgeräumt werden müsste, Pflanzen, die mich daran erinnern, gegossen werden zu wollen, das Arztrezept, das ich gestern bei der Apotheke hätte einlösen sollen. Alles weg, herrlich.

Hier, wo alle konzentriert vor sich hinarbeiten scheinen, ist auch die Hürde deutlich höher, stattdessen Dokus anzuschauen oder zu prokrastinieren. Womöglich, weil ich mich unter den anderen beobachtet fühle, mir selbst die Arbeitsatmosphäre nicht verderben will oder bei einer Pause zufrieden darauf schauen möchte, wie ich vorangekommen bin.

„Bib-Dates“ mit Kommilitoninnen

Ganz unabgelenkt ist man natürlich nicht. Was flüstern die beiden da vorne? Welche Präsentation erstellt die Person wohl neben mir? Wer sitzt um mich herum? In Unibibliotheken gilt auch in trüben Klausurenphasen das Prinzip „Sehen und gesehen werden“. Wenn im Alltag die Zeit für Freizeit, Partys oder Ausflüge wegfällt, macht der eine oder die andere die schmalen Gänge zwischen Bücherregalen und an den Tischreihen vorbei zum Laufsteg. Das neue Oberteil anziehen, eine neue Frisur testen, das Tuch vom Flohmarkt umwickeln. Wer weiß, wem man begegnet.

Gemeinsam mit Freundinnen in die „Bib“ zu gehen, ist ein soziales Event in Abgabephasen. Eine Aktivität, die hilft, motiviert zu bleiben – und nicht nur noch allein im Zimmer vor sich hin zu tippen. Geteiltes Leid und so. Wir verabreden uns für „Bib-Dates“, ziehen morgens gemeinsam los, werfen uns an den Lernplätzen zwischenzeitlich leidende Blicke zu, bis irgendwann der Magen knurrt und der Kopf raucht: auf in die Mensa. Durchatmen, quatschen, Kaffee holen, Reserven auftanken.

Je näher die Prüfungsphase rückt, desto knapper wird der Platz in der Bib. In vielen Bibliotheken muss man froh sein, überhaupt noch einen Platz zu ergattern. Umkämpft wie Liegen am Hotelpool, werden ab morgens Sitze gesucht, belegt und blockiert.

Um unfaires Blockieren zu vermeiden, gibt es in der Fuldaer Hochschulbibliothek zum Beispiel kleine „Pausenscheiben“, die aussehen wie eine Parkuhr. Wenn man den Platz für eine Pause verlässt, stellt man die Uhrzeit ein. Offiziell wird nach 30 Minuten der Platz freigegeben, sodass sich jemand anderes dort hinsetzen darf.

Ästhetik vor Inhalt?

Fachspezifisch in Bibliotheken zu gehen, mag für einige Fächer sicherlich noch relevant sein, viele entscheiden mittlerweile allerdings nach der besten Lernatmosphäre, praktischer Busanbindung oder nach der Ästhetik des Gebäudes. Gerade in größeren Städten gibt es eine ganze Auswahl an Bibs. [...]

Der ursprüngliche Gedanke, gezielt in die Bibliothek zu gehen, um dort Bücher für die Recherche zu nutzen, ist oft in den Hintergrund gerückt. Bei vielen steht ausschließlich der Laptop auf dem Tisch – ein kostenloser Ort zum kollektiven Lernen und Arbeiten. Ohne Bibliotheken und ihre ganz eigene Magie hätte ich zahlreiche Hausarbeiten, Prüfungsvorbereitungen und meine Abschlussarbeit vermutlich nie fertig bekommen. Geschweige denn diesen Text.

John-Bates-Clark-Medaille:

Höchste Auszeichnung für deutschen U-40-Ökonomen

Von Winand von Petersdorff, Washington, FAZ.NET, 08.04.2026

Volkswirt Ludwig Straub erhält die angesehene John-Bates-Clark-Medaille.

Harvard-Ökonom Ludwig Straub erhält die John-Bates-Clark-Medaille. Seine Modelle zeigen, wie Heterogenität wirtschaftliche Ungleichgewichte erklärt.

„Jeder Jeck² ist anders“, lautet eine rheinische Volksweisheit. Ihr hoher Wahrheitsgehalt schwächt die Aussagekraft älterer ökonomischer Modellrechnungen, die sich damit begnügten, Personen und Unternehmen so zu behandeln, als seien sie gleich. Der heute 38 Jahre alte Ökonom Ludwig Straub trägt entscheidend dazu bei, dass moderne makroökonomische Modelle die Realität besser erfassen: Menschen haben unterschiedliche Einkommen, Schulden und Ersparnisse, sie haben verschiedene Eigenarten, sind anderen Risiken ausgesetzt und handeln deshalb unterschiedlich.

Die „American Economic Association“, die Straub nun mit der oft als „Wirtschaftsnobelpreis für junge Ökonomen“ angesehenen John-Bates-Clark-Medaille ausgezeichnet hat, würdigte damit vor allem, dass er Modelle entwickelt hat, welche die Heterogenität wirtschaftlicher Akteure berücksichtigen.

Haushalte reagieren unterschiedlich auf steigende Zinsen

Das hat große praktische Bedeutung: Wenn zum Beispiel die Zinsen steigen, kann ein wohlhabender Sparer davon profitieren, während ein hoch verschuldeter Hauseigentümer darunter leidet. Wenn der Staat Konjunkturschecks verschickt, geben ärmere Haushalte das Geld womöglich schnell aus, während reichere es eher sparen. Wenn die Inflation steigt, trifft sie die Menschen unterschiedlich – je nachdem, was sie kaufen und wie groß ihre Verhandlungsmacht im Beruf ist.

Welche Konsequenzen dieser Ansatz hat, zeigten Straub und drei Co-Autoren in einer bahnbrechenden Arbeit, die sie im vergangenen Jahr beim Jahrestreffen der

² « Jeck » : fêtarde (expression au Carnaval de Cologne), ici : chaque personne

internationalen Geldpolitik in Jackson Hole vorstellten. Sie enthält die überraschende Pointe, dass die USA noch Spielraum für mehr Staatsschulden haben.

Rätsel der niedrigen Zinsen trotz Staatsschulden der USA

Im Basisszenario könnte nach Berechnung der Forscher eine Schuldenquote von 250 Prozent des BIP langfristig tragbar sein, ohne dass die Zinsen gegenüber heute steigen. Der Grund dafür: Wenn die Nachfrage nach Vermögenswerten – also der Wunsch von Haushalten und ausländischen Anlegern, Geld sicher und rentabel anzulegen – stärker wächst als das Angebot, sinken die Zinsen.

Das Rätsel, warum die Zinsen so lange niedrig blieben, obwohl die Staatsschulden in den USA dramatisch gestiegen sind, erklärt Straub mit einem Nachfrageboom nach Vermögenswerten, getrieben durch Alterung, Ungleichheit, Auslandskapital und schwächeres Wirtschaftswachstum. Diese Faktoren ließen die Nachfrage nach sicheren Anlagen stärker steigen als deren Angebot. Doch die Vergreisung treibt zugleich Renten- und Gesundheitsausgaben nach oben. Deshalb könnten die USA zwar noch lange hohe Schulden tragen, müssten aber zwingend die Dynamik der Verschuldung brechen.

Wirtschaftsnobelpreis geht an drei Wohlfahrtsforscher

Im Gespräch mit dieser Zeitung sagte Straub, er sei sich der Gefahr bewusst, dass Politiker die Arbeit als Freibrief für mehr Schulden lesen könnten, ohne die Mahnung zu berücksichtigen. „So wie wir Klimamodelle haben, die das Wetter vorhersagen, wollen wir gute Modelle, die das makroökonomische Klima vorhersagen“, sagte Straub laut Harvard-Mitteilung: „Genau das ist meine Leidenschaft: die Modelle zu verbessern, mit denen wir solche Prognosen erstellen und analysieren, was in Volkswirtschaften schief läuft.“

Der dreifache Familienvater, der mit dem Rad zur Arbeit fährt, hat Physik in München, Mathematik im britischen Cambridge und Ökonomie am Massachusetts Institute of Technology studiert, bevor er 2019 an die Harvard-Universität kam, wo er seit 2024 ordentlicher Professor ist. Die Clark-Medaille würdigt nicht nur die aufstrebenden Stars der Ökonomie, sie hat auch Vorhersagekraft: Grob ein Drittel der Preisträger gewann später den Nobel-Gedächtnispreis.

Gipfel in Zypern: EU schraubt Binnenmarktziele herunter

Von Hendrik Kafsack, Brüssel, FAZ.NET, 24.04.2026

Nikos Christodoulides und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach der Unterzeichnung von „Ein Europa, ein Markt“

Mehr Handel innerhalb der EU soll die Europäer unabhängiger von den USA und China machen. Die Mitgliedstaaten aber sperren sich gegen zu ehrgeizige Pläne.

„Ein Europa, ein Markt“ – unter diesem Motto will die Europäische Union ihrem Binnenmarkt Schwung verleihen und das Wachstum ankurbeln. So haben es die EU-Staats- und -Regierungschefs auf ihrem Gipfel im März vereinbart. Wenige Wochen später haben Mitgliedstaaten, Europaparlament und Europäische Kommission nun auf einem Sondergipfel in Zypern einen Fahrplan unterzeichnet, wie sie das konkret erreichen wollen.

Das Potential ist groß. Der Internationale Währungsfonds ist in einer oft zitierten Studie zum Schluss gekommen, dass die Hindernisse für den Handel zwischen den EU-Staaten einem Zoll von 45 Prozent für Waren und von 110 Prozent für Dienstleistungen entsprächen. Der nun beschlossene Fahrplan bleibt allerdings hinter dem zurück, was die Kommission erreichen wollte. Auf Druck der Staaten wurde der Zeitplan gestreckt, wurden die Ziele gesenkt und wurde die Drohung gestrichen, Änderungen zur Not in einem kleinen Kreis voranzubringen.

Kein Vorpreschen einzelner Staaten bei Kapitalmarktunion

Die Kommission hatte eine solche verstärkte Zusammenarbeit einiger Staaten im Februar vor dem Gipfeltreffen zur Wettbewerbsfähigkeit im belgischen Schloss Alden Biesen ins Spiel gebracht. Die EU-Behörde wollte Druck aufbauen, um die schwierigen Verhandlungen zur Kapitalmarktunion voranzutreiben.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte damals den Juni als Deadline ausgerufen. Wenn es bis dahin keinen spürbaren Fortschritt bei der Kapitalmarktunion gebe, sei die verstärkte Zusammenarbeit eine Option. Dafür müssen sich mindestens neun Staaten zusammentun. Von der Leyen hatte das auch als Rückfallposition für andere Gesetze bezeichnet.

Verglichen mit dem Kommissionsentwurf für den Fahrplan, fehlt zudem die Selbstverpflichtung für die Staaten, keine Hürden für den Binnenmarkt zu schaffen, wenn sie europäische Vorgaben in nationales Recht umsetzen. Im EU-Jargon heißt das „Goldplating“. Die Kommission hat mehrfach angekündigt, gegen dieses

Goldplating vorzugehen. Entfallen ist auch das Bekenntnis zu mehr Verordnungen. Diese schränken den Spielraum der Mitgliedstaaten ein, auf EU-Recht draufzusatteln. Sie gelten anders als EU-Richtlinien direkt und müssen nicht in nationales Recht umgesetzt werden.

Unverbindliche Zeitpläne

Blockiert haben die Mitgliedstaaten auch ein klares Bekenntnis dazu, die zehn Haupthindernisse für den Binnenmarkt zu beseitigen. Diese sogenannten „Schrecklichen Zehn“ („Terrible Ten“) reichen von unnötig komplexen EU-Vorschriften über das mangelnde Engagement der Staaten für den Binnenmarkt bis zu Hindernissen für den Dienstleistungsmarkt. Die Kommission wollte sich in dem Zusammenhang auch verpflichten, mehr Vertragsverletzungsverfahren gegen Staaten einzuleiten, die den Handel in der EU behindern.

Was bleibt, ist eine Liste von insgesamt 42 Gesetzen und Vorhaben, die bis Ende 2027 ausverhandelt sein sollen. Das umfasst Binnenmarktgesetze, Pakete zum Bürokratieabbau, Handelsabkommen und Vorschläge in der Energie- und Digitalpolitik. Genannt wird etwa das Industrie-Beschleuniger-Gesetz (IAA), für das die Einigung Ende 2026 stehen soll. Für den digitalen Euro gilt dasselbe Enddatum. Die Überarbeitung des Emissionshandels soll im ersten Quartal 2027 beendet sein. Den Vorschlag zum Emissionshandel will die Kommission nach dem Zeitplan im dritten Quartal vorlegen.

Große Worte, kleine Listen

Kommission, Ministerrat und Staaten hatten bis kurz vor dem Beginn des Sondergipfels über den Fahrplan verhandelt. Am Ende setzten sich die Staaten mit ihrem restriktiven Kurs durch. „Was als großer Schritt zur Vertiefung des Binnenmarkts angekündigt wurde, ist auf unverbindliche Zeitpläne zusammengeschrumpft – das ist ein politisches Kleinmachen eines zentralen europäischen Projekts“, kritisierte die EU-Abgeordnete Marion Walsmann (CDU). Übrig bleibe „ein Strauß Bunt, dem es an Ehrgeiz mangelt“, sagte die Abgeordnete Anna Cavazzini (Grüne).

Muss alles immer besser werden?

Alexander Grau, Neue Zürcher Zeitung, 24.4.26 (gekürzt)

Der Zwang zur dauernden Optimierung droht die Freiheit zu ersticken

Kaum aufgewacht, überprüfen wir Schlafdauer, Schlafphasen und Herzfrequenz mithilfe unseres Schlaf-Trackers. Ein kurzer Blick auf die Ernährungs-App versorgt uns mit den richtigen Rezepten für ein gesundes Frühstück. Später im Büro läuft ein Konzentrations-Timer, der anzeigt, wann die nächste Mikropause fällig ist. Im Sportstudio werden schliesslich die Muskeln definiert. Ein Algorithmus empfiehlt die effizienteste Trainingsroutine. Abends dann folgt ein auf das Workout abgestimmtes Abendessen mit einer ausgewogenen Zufuhr an Kohlenhydraten, Proteinen und Mineralien. Selbst die Freizeit ist ein Projekt, das sich messen, vergleichen und verbessern lässt.

Der Mensch des frühen 21. Jahrhunderts ist in einem Optimierungswahn gefangen. Und das gilt nicht nur für Ernährung und Gesundheit. Alles hat perfekt zu sein, durchrationalisiert, sauber und antiseptisch: der Körper trainiert, die Haut epiliert, die Karriere optimiert, das Mindset auf der Höhe der Zeit. Quasi alle Bereiche des Lebens werden einem Drang zur Verbesserung unterworfen: der Körper, der Werdegang, die Kinder, die Partnerschaft. Und wem das alles noch zu nachlässig ist, versucht mithilfe von Longevity die ewige Jugend zu erreichen. ... Das angeblich so autonome Individuum hat sich selbst entmündigt. Wie ein grosses Kind hat sich der moderne Zeitgenosse den Einflüsterungen von Fachleuten, Trainern, Wissenschaftlern oder auch Scharlatanen ausgeliefert. Die Idee vom selbstbestimmten, autonomen Leben endet im Gefängnis des Optimierungswahnsinns. ... Das neue Ideal ist nicht der selbstbestimmte Bürger, sondern der Opportunist des Zeitgeistes, der sich dem Diktat der optimierten Existenz unterwirft.

Moral auf Hochglanz poliert

Das selbstoptimierte, achtsame und antiseptische Leben hingegen erscheint als Ausdruck historischen Fortschritts und Höhepunkt menschlicher Zivilisation. Entsprechend versteht sich die Intoleranz gegenüber all jenen, die sich diesem Fortschritt verweigern, als moralisch gebotene Anleitung zu einer humanistischen Gesellschaft. Aus dem Irrsinn körperlicher und mentaler Perfektionierung wird der Wahn politisch-moralischer Zwangsoptimierung. Seine Wurzeln hat dieser Drang zur Vervollkommnung aller Lebensbereiche in der Vermarktungslogik des modernen Kapitalismus. Die unternehmerische Notwendigkeit zur dauernden Innovation und Verbesserung von Herstellungsverfahren, Vertriebsketten und Produkten prägt nach und nach die Alltagskultur und schliesslich die Psyche der Menschen.

In einer Welt, in der Verbrauchern rund um die Uhr eingeredet wird, dass alle Produkte noch besser werden, setzt sich die Idee der permanenten Optimierung als Lebensideal früher oder später durch. Die Logik des Marktes besetzt die Wertvorstellungen der Menschen. Das eigene Leben, der eigene Körper, die eigene Psyche werden als Produkte wahrgenommen, die es zu verbessern gilt. Der Optimierungswahn wird zu einer Ideologie der Intoleranz gegenüber allem, was nach Massgabe hochgezüchteter Idealvorstellungen als unzureichend empfunden wird. In letzter Konsequenz führt die Optimierungspropaganda in eine fatale Unduldsamkeit gegenüber allem Fehlerhaften, Unvollständigen. Es beginnt bei noch weisserer Wäsche und führt über optimierte Lebensläufe zur Vorstellung einer perfektionierten Moral. So wie der Hersteller eines Reinigungsmittels verspricht, die Badezimmerkacheln noch stärker zum Glänzen zu bringen, soll auch die Gesellschaft moralisch auf Hochglanz poliert werden.

Mehr Mut!

Doch anders als Kachelböden lassen sich freiheitliche und offene Gesellschaften nicht optimieren. Das scheitert schon daran, dass nicht klar ist, was als optimal zu gelten hat. Jeder hat andere Ideale, Wertvorstellungen oder Präferenzen. Eine normativ optimierte und zugleich pluralistische und offene Gesellschaft kann es nicht geben. Die Ideologie permanenter Optimierung wird zu einer Gefahr für die freiheitlichen Grundlagen unseres Gemeinwesens. Mehr noch: Sie zerstört jenen Geist des innovativen und freien Wirtschaftens, der sie einst hervorbrachte. Die marktwirtschaftlich geprägte Gesellschaft droht an ihrem eingebauten Widerspruch zu scheitern: Getrieben vom Willen nach permanenter Innovation und Optimierung von Herstellungsverfahren, Vertriebswegen und Produkten erzeugt sie ein kulturelles Klima andauernder Verbesserung, das sich schliesslich gegen jede Form von Freiheit wendet, weil diese immer das Risiko des Mangelhaften, Nachlässigen oder Fehlerbewehrten birgt.

Dagegen hilft nur: mehr Mut! Mut zum Flüchtigen, zum Unvollständigen, zum Schmuddeligen und Nicht-Perfekten. Darin liegt auch ein Stück Freiheit, das es zu verteidigen gilt. Gegen die Kleingeister des Optimierten, die Angsthasen der Perfektion und die Tugendwächter der Makellosigkeit. Sonst droht die Gesellschaft ein steriles Gefängnis optimierter Klone zu werden.

Schweizer suchen Sicherheit, Ausländer den Wettbewerb

Christin Severin, Neue Zürcher Zeitung, 28.4.26

Der Arbeitgeberverband zeigt mit einer Analyse vor der Abstimmung zur 10-Millionen-Schweiz die Wichtigkeit von Zuwanderern für den Wohlstand

Die Verwaltung und die staatsnahen Bereiche sind in den vergangenen Jahren schneller gewachsen als die Privatwirtschaft. Während beim Kernstaat und den staatsnahen Bereichen Ende 2024 rund 370 000 Personen mehr arbeiteten als 2010, stieg die Beschäftigung in der Privatwirtschaft lediglich um knapp 260 000 Stellen. Dies zeigt eine Auswertung des Arbeitgeberverbandes auf der Basis von Daten aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung.

Dabei zeigt sich ein klares Muster: 93 Prozent der zusätzlichen Beschäftigten in der Privatwirtschaft sind Ausländer, lediglich 6 Prozent Schweizer. Die wachstumsstärksten Bereiche der Privatwirtschaft waren Software & IT, Unternehmensdienste und Planungsbüros. Umgekehrt verhielt es sich beim Kernstaat: Knapp 90 Prozent der zusätzlichen Stellen entfielen auf Schweizer. In staatsnahen und regulierten Branchen wie Gesundheit, Bildung, Soziales und Betreuung ist das Verhältnis etwas ausgeglichener: Hier entfielen knapp 60 Prozent des Stellenwachstums auf Schweizer, die anderen 40 Prozent auf Ausländer.

Die Wertschöpfung zählt

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist das schnellere Wachstum der staatlichen und regulierten Branchen problematisch. Diese erfüllen zwar wichtige gesellschaftliche Funktionen. Niemand möchte auf ein funktionierendes Gesundheitswesen verzichten. Der Wohlstand der Schweiz, so argumentiert der Arbeitgeberverband, beruhe aber vor allem auf den marktorientierten Branchen. «Hier passiert die Wertschöpfung, mit der wir unsere Schulen und Spitäler finanzieren», so Patrick Chuard-Keller, der Chefökonom des Arbeitgeberverbandes.

Seiner Meinung nach gerät in der Debatte um die Zuwanderung und die kommende Abstimmung zur 10-Millionen-Schweiz aus dem Blick, wo der Wohlstand des Landes entsteht und wo die Zuwanderer arbeiten. Dass die Zuwanderer in marktorientierten Branchen arbeiten, sei ein Indiz dafür, dass die Zuwanderung den Wohlstand in der Schweiz tatsächlich erhöhe, meint Chuard-Keller. «Gerade die wertschöpfungsintensiven Teile der Wirtschaft sind stark auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.» Die Problematik dürfte sich noch verschärfen: Babyboomer scheiden langsam aus dem Arbeitsleben aus, aus dem Inland rücken weniger Junge nach. Firmen, die Fachpersonen für hochspezialisierte Aufgaben suchen, finden im grösseren Markt der EU leichter genau das gesuchte Profil als in

der kleinen Schweiz. Ein Grund für die unterschiedlichen Karrierewege von Schweizern und Zuwanderern könnte gemäss den Arbeitgebern sein, dass die Arbeitsbedingungen beim Staat und in staatsnahen Branchen in der Schweiz besonders attraktiv sind, auch weil dieser mehr Sicherheit bietet. Bei den Ausländern scheint hingegen eine andere Logik zu spielen: Wer die Heimat verlässt, will mehr erreichen und ist auch bereit, in einem wettbewerbsintensiven Umfeld zu arbeiten.

Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, relativiert aber den Graben zwischen Inländern und Zuwanderern. In den staatsnahen Bereichen wie dem Gesundheitswesen sei die Verteilung recht ausgewogen. Dass beim Kernstaat vor allem Schweizer arbeiten, sei nachvollziehbar, weil diese bereits einen Bezug zu ihrem Gemeinwesen hätten. Die Zuwanderer hingegen gingen dorthin, wo es Arbeit gäbe, sagt Lampart. «Wenn die Stellen verschwinden, gehen sie häufig wieder.»

Verantwortlich ist die Politik

Ohne es explizit zu sagen, legt die Analyse des Arbeitgeberverbandes nahe, dass es die Schweizerinnen und Schweizer gerne gemütlich nehmen, während sich die Ausländerinnen und Ausländer kräftiger ins Zeug legen. Zwar werden Gesundheitsberufen, die gemäss der Analyse stark gewachsen sind, für gewöhnlich keine besonders attraktiven Arbeitsbedingungen nachgesagt, im Gegenteil. Die öffentliche Verwaltung hingegen ist den Stürmen der Weltwirtschaft weniger ausgesetzt als die Privatunternehmen. Die Schweizer scheinen also in Zeiten, in denen viele Beschäftigte über eine hohe Arbeitsbelastung klagen, eine gewisse Vorliebe für die windstilleren Plätze im Arbeitsmarkt zu zeigen.

«Das Problem liegt aber nicht bei den Schweizer Arbeitnehmenden», sagt Patrick Leisibach, Senior Fellow bei Avenir Suisse. Diese würden einfach auf das Angebot und die Konditionen reagieren. Die öffentliche Verwaltung biete hohe Jobsicherheit, planbare Karrieren, gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie – und überdurchschnittliche Löhne abseits der Spitzenpositionen. Des Pudels Kern liege deshalb in der Politik: Sie sei verantwortlich für das Stellenwachstum im öffentlichen Sektor.

Der Vollkasko-Staat lähmt das Land

Julia Löhr, Berlin, FAZ.NET, 10.5.26

Muss die Politik auf jedes Problem ein Finanzpflaster kleben? Mit dieser Anspruchshaltung wird Deutschland nicht aus der Krise kommen.

Die Preise an den Zapfsäulen sind derzeit der wohl wichtigste Gradmesser für die Zufriedenheit der Bürger mit der Bundesregierung. Da sie vielerorts trotz des staatlichen Tankrabatts von 17 Cent je Liter weiter über der Zwei-Euro-Marke liegen, ist der Unmut nach wie vor groß. Ende Mai will die „Taskforce“ von Union und SPD im Bundestag wieder tagen. Je länger die Öltanker die Straße von Hormus nicht passieren können und je näher die Sommerferien rücken, desto größer dürfte der Druck auf das Kabinett werden, weitere Hilfen zu beschließen.

Die Debatte über die gestiegenen Spritpreise zeigt beispielhaft, wie gering die Widerstandskräfte der Gesellschaft sind – und wie hoch die Erwartungen an die Politik. Obwohl sich die monatlichen Mehrkosten für die meisten Pendler auf weniger als 50 Euro belaufen, erwecken auch Politiker der Regierungsparteien allzu oft den Anschein einer existenzbedrohenden Krise. Dass es zu einer solchen noch kommt, ist angesichts der schwierigen Verhandlungen in Nahost nicht ausgeschlossen. Umso wichtiger wäre es, nicht schon jetzt finanziell alles zu geben.

Das war nicht die Idee der Gründer der Sozialen Marktwirtschaft

Eigenverantwortung hat einen schweren Stand in der deutschen Wirtschaftspolitik. Viele Bürger und Unternehmen betrachten den Staat als eine Art Vollkaskoversicherung, die jede finanzielle Einbuße auszugleichen hat, seien die Weltumstände noch so widrig. Der Leitgedanke der Sozialen Marktwirtschaft, dem Deutschland seinen in den vergangenen Jahrzehnten aufgebauten Wohlstand verdankt, ist jedoch ein anderer: Jeder sorgt nach Kräften für sich selbst. Der Staat hilft nur jenen, die sich nicht selbst helfen können. Doch dies auszusprechen, trauen sich angesichts der hohen Umfragewerte der AfD weder Union noch SPD.

Frühere Bundesregierungen haben maßgeblich dazu beigetragen, dass sich ein solches Anspruchsdenken entwickelt hat. Angela Merkel (CDU) erkaufte sich in der Corona-Pandemie die Zustimmung für die langen Lockdowns in Deutschland damit, dass sie immer neue großzügige Hilfen für die betroffenen Geschäftsinhaber schuf. An diese „Bazooka“ knüpfte Olaf Scholz (SPD) in der Energiekrise 2022 nahtlos an, als er die Devise „You’ll never walk alone“ ausgab und mit hohen Milliardenbeträgen Strom- und Heizrechnungen senkte. Es wird lange dauern, bis die dafür aufgenommenen Schulden abbezahlt sind.

Einmal eingeführte Hilfen sind schwer wieder zu kürzen

Der fürsorgliche Staat tritt nicht nur in Krisen auf. Er ist zu einem Dauerbegleiter geworden. Auf knapp 80 Milliarden Euro summiert sich in diesem Jahr das Subventionsvolumen nach Rechnung des Finanzministeriums. Ökonomen kommen gar auf einen dreistelligen Milliardenbetrag. Besonders fragwürdige Förderprogramme wie jenes, das Eigentümern einer Immobilie und eines Elektroautos – einer durchaus wohlhabenden Gruppe also – die Wallbox zum Laden bezuschusste, wurden zwar zu Recht eingestellt. Viele andere bestehen dagegen fort. Subventionen sind wie Drogen: Einmal eingeführt, fällt der Entzug schwer. Das gilt für Privathaushalte, aber auch für Unternehmen, deren Verbände jede Kürzung als Affront werten.

Bis zum Beginn der Corona-Pandemie war Deutschland in einer finanziell vergleichsweise komfortablen Lage. Die Wirtschaft wuchs. Der Bund nahm etliche Jahre mehr Geld ein, als er ausgab. Das ist heute anders. Das Wirtschaftswachstum liegt nahe null, während der Schuldenstand Jahr für Jahr um rund 200 Milliarden Euro wächst. Wohin das führt, zeigt die mittelfristige Finanzplanung: 2030 wird die Hälfte des Bundeshaushalts allein durch die Sozialausgaben und den Zinsdienst gebunden sein. Es lohnt sich deshalb, daran zu erinnern, dass der Staat wir alle sind. Den Tankrabbat zahlen nicht Kanzler Merz und Vizekanzler Klingbeil, sondern die Steuerzahler gemeinsam. Gleiches gilt für das Elterngeld oder Zuschüsse für Solardächer auf dem Eigenheim. Was für einzelne Gruppen an Geld ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle für volkswirtschaftlich sinnvollere Vorhaben. Zum Beispiel, um die Steuer- und Sozialabgabenlast zu senken, damit Deutschland sowohl für Unternehmen als auch für Fachkräfte wieder ein attraktiverer Standort wird.

Im Gesundheitssystem arbeitet Nina Warken (CDU) derzeit darauf hin, dass der Staat nicht mehr alles von Versicherten, Ärzten und Krankenhausbetreibern Gewünschte bezahlt, sondern sich auf das medizinisch Gebotene konzentriert. Es wäre zu wünschen, dass auch die Minister der anderen Ressorts das Verhältnis von Staat zu Individuum neu justieren. Die allumfassende Fürsorgepolitik mag für den Einzelnen angenehm sein. Deutschland als Ganzes lähmt sie.